

# Minister zeigen Desinteresse an Ministergesetz

Novelle wird Pensionen künftig senken

■ Von Elmar Otto

**Erfurt.** Dafür, dass es um ihr Geld ging, hielt sich das Interesse der Minister an der Debatte über die Novelle des Thüringer Ministergesetzes gestern im Landtag sehr in Grenzen. Während im Plenum der Entwurf der Grünen diskutiert wurde, war die Regierungsbank mehrheitlich verwaist. Und die Ressortchefs, die das Parlament mit ihrer Anwesenheit beehrten, bemühten sich, während es um die Kürzung ihrer künftigen Pensionen ging, um demonstratives Desinteresse: Finanzministerin Marion Walsmann (CDU) widmete sich vorrangig dem Aktenstudium, Landwirtschaftsminister Jürgen Reinholz (CDU) seiner Unterschriftenmappe und Justizminister Holger Poppenhäger (SPD) dem Pressepiegel. Einzig der parteilose Staatskanzleichef Jürgen Schöning erweckte den Anschein konzentrierten Zuhörens.

Im Kern herrschte Einigkeit darüber, dass die Ruhegeldansprüche von Mitgliedern der Landesregierung in Zukunft nicht mehr so luxuriös ausfallen werden. Dennoch dürfte das Grünen-Gesetz keine Mehrheit finden. Auch wenn es am Ende zunächst in die zuständigen Ausschüsse zur weiteren Beratung überwiesen wurde.

Die Landesregierung nämlich will noch vor der Sommerpause ihre eigenen Vorstellungen in Paragrafenform präsentieren.

Minister Schöning, bereits im Rentenalter und reaktiver Landesbeamter aus Schleswig-Holstein, sah in dem Entwurf aber bereits eine Reihe von „Denkanstößen“ und „Bausteinen“.

Der Grünen-Vorschlag sieht vor, dass Minister erst mit dem Erreichen des Rentenalters ihre Ruhegeldan-

sprüche ausbezahlt bekommen. Zudem sollen die Gelder bei 71,75 Prozent und nicht wie bislang bei 75 Prozent der letzten Bezüge gedeckelt werden.

Momentan kann ein Minister bereits nach zehnjähriger Landtagszugehörigkeit und weiteren fünf Jahren im Amt einen Ruhegeldanspruch von mindestens 62,5 Prozent erwerben. Die Auszahlung erfolgt altersunabhängig sofort mit dem Ausscheiden.

## ■ Die bisherigen Regelungen sind völlig überzogen

Mit Blick auf diese Zahlen ist für Grünen-Fraktionschefin Anja Siegesmund klar, dass die derzeitigen Regelungen „völlig überzogen“ sind und dringend reformiert werden müssen, wie sie betonte.

Die Linken-Fraktion fordert zudem eine Übergangsfrist zwischen der Aufgabe des Ministeramtes und dem Wiedereinstieg in einem Unternehmen. Für Landeschef Knut Korschewsky müssten fünf Jahre vergehen, damit Lobbyismus ausgeschlossen werden könne.

Skeptischer zeigte sich der FDP-Haushälter und Unternehmer Lutz Recknagel. Es müssten auch Minister aus der Wirtschaft rekrutiert werden und dazu müssten die üblichen Regelungen gelten.

Unterdessen machten die Grünen gestern eine weitere Baustelle auf. „Auch die Versorgung von kommunalen Spitzenbeamten“, schimpfte deren Finanzexperte Carsten Meyer, „ist eine Unverschämtheit dem Steuerzahler gegenüber.“ Meyer, als ehemaliger Beigeordneter in Weimar selbst begünstigt von der aktuellen Rechtslage, kündigte an, dass seine Fraktion auch hier die Initiative ergreifen werde.



**Verlässlichkeit in der Schulpolitik:** Das verlangen die Thüringer Eltern im Interesse ihrer Kinder, die keine Schulerfahrungen ertragen sollen. Foto: Peter Michaelis

# Die Eltern wollen keinen Schulkampf

„Unsere Kinder sollen keine Versuchskaninchen sein“

■ Von Hartmut Kaczmarek

**Erfurt/Bad Berka.** Gemeinschaftsschule, Oberschule, Pilotprojekte – die Thüringer Schullandschaft ist in Bewegung. Und die Eltern sind zunehmend verwirrt, was da auf sie und ihre Kinder zukommt. Kein Wunder, dass das Thema Verlässlichkeit in der Bildungspolitik ganz oben steht, wenn sich die Elternvertreter der Thüringer Schulen am morgigen Sonntagabend in Bad Berka zu ihrer Jahreskonferenz treffen. Kultusminister Christoph Matschie muss sich auf eine heiße Fragerunde gefasst machen. „Wir erwarten von ihm konkrete Antworten, wie es mit der Thüringer Bildungspolitik weitergeht“, sagt Peggy Katzer, die stellvertretende Landeselternsprecherin.

Denn eins ist klar: „Unsere Kinder sollen keine Versuchskaninchen sein“, unterstreicht Katzer. Deshalb erwartet sie mehr und konkretere Informationen zu Matschies Lieblingsthema, der Thüringer Gemeinschaftsschule. Eine Pilotphase soll im nächsten Jahr starten, bevor dann die Gemeinschaftsschule sich endgültig etabliert.

Längeres gemeinsames Lernen hat sich die SPD für die künftige Schulentwicklung in Thüringen auf ihre Fahnen geschrieben. Dass das mit dem Koalitionspartner CDU nicht so leicht durchzusetzen war, wusste Matschie auch schon zu Beginn der Koalitionsverhandlungen im vergangenen Jahr. „Bildungspolitik soll nicht von partei-

politischen Mehrheiten abhängig sein“, unterstreicht Katzer mit Vehemenz ihren Standpunkt. Wichtig seien sehr gute und tragfähige Konzepte. Und da will man Matschie auf den Zahn fühlen. Denn für die Eltern sind viele Fragen noch ungeklärt. Dazu gehört auch, wie künftig die Kooperation beispielsweise zwischen Gemeinschaftsschulen, Grundschulen und Gymnasien laufen soll. „Unsere Befürchtung ist, dass man die Schulen zur Kooperation verdammt, obwohl vielleicht die inhaltlichen Konzepte überhaupt nicht zueinander passen“, so Katzer.

## ■ Lernmittelfreiheit in Gefahr?

Aber nicht nur der Umbruch in der Schullandschaft bewegt die Eltern derzeit. Reformpädagogische Ansätze, die Forderung nach einer verstärkten integrativen Bildung – all das kann nur funktionieren, wenn auch die infrastrukturellen Voraussetzungen an den Schulen vorhanden sind. Oft aber fehlen entweder die entsprechenden Räumlichkeiten oder aber das Personal. Die Einstellung von Sozialpädagogen oder anderem Fachpersonal steht deshalb bei der Landeselternvertretung ebenfalls ganz oben auf der Themenliste. Nur so könne Integration gelingen, unterstreicht Katzer.

Eine weitere Forderung, die die Elternvertreter gegenüber Matschie aufmachen wollen: In Thüringen sollen die Schulbezirke aufgehoben

werden. Und zwar für alle Schularten, nicht nur für die neue Gemeinschaftsschule, wie es offenbar derzeit geplant ist. Die Eltern erwarten, dass das Land die Beförderungskosten zu jeder von den Eltern gewünschten Schule übernimmt, unabhängig von den Schuleinzugsbereichen.

Vehement wollen sich die Eltern auch gegen ein anderes Vorhaben des Bildungsministeriums zur Wehr setzen. Dort wird nach Informationen der Landeselternvertretung offenbar geltende Lernmittelfreiheit zumindest in einem Fall auszuhebeln. Dabei handelt es sich um die Einführung von so genannten CAS-Rechnern. Das sind programmierbare Taschenrechner, die ab der Klassenstufe neun im Unterricht eingesetzt werden sollen und mit denen die Schülerinnen und Schüler auch einen Teil der Abituraufgaben bewältigen können. Nach Informationen der Landeselternvertretung wurden in der Zwischenzeit bereits Schulen in Thüringen angeschrieben und darauf vorbereitet, dass für die künftigen neunten Klassen entsprechende Rechner-Schulsätze gekauft werden sollten. 120 bis 150 Euro kosten die Geräte, für die Eltern, die das dann bezahlen müssen, sind das schon Summen, die ins Gewicht fallen. Katzer: „Wir haben uns nicht vor drei Jahren landesweit die Lernmittelfreiheit erkämpft, um sie jetzt wieder abgenommen zu bekommen.“ Die Eltern sehen hier die Lernmittelfreiheit in Gefahr – Matschie wird antworten müssen.

## ■ DIE WOCHE IN ERFURT

# Hunnenkönig trifft die Rote Hilde

■ Von Elmar Otto

Wer gestern am späten Vormittag das Büro des SPD-Landtagsabgeordneten **Frank Weber** aufsuchte, wurde mit einem müden Hecheln begrüßt. Das lag allerdings nicht an der Kurzatmigkeit des Sozialdemokraten – der saß pflichtgemäß im Plenarsaal.

In Webers Fraktionsstube hielt derweil „Hilde“ Wache. Wobei Wache nicht ganz den Kern trifft, weil die verschlafene Hundedame den Besucher nach kurzem Augenkontakt gelangweilt ignorierte.

Hilde ist ein Mops, seit einigen Monaten stets an Webers Seite, und führt nicht erst seit der neu entflammten Kampfhundedebatte zu einer regen Diskussionskultur auf der SPD-Etage.

Vornehmlich Fraktionsmitarbeiterinnen finden den gerade mal DIN-A-4-Blatt hohen Vierbeiner wahlweise „niedlich“, „neckisch“ oder „süß“. Wobei Hilde selbst sich letzteres Attribut verbietet, was sie zeitweise durch ihr Hundegeschirr mit dem Aufdruck „Ich bin nicht süß“ zum Ausdruck bringt.

Doch an Hilde scheiden sich ohnehin die Geister.

Kritiker der Hündin haben ihr bereits den Nachnamen „Benjamin“ verpasst, in Anlehnung an die auch als „Rote Hilde“ bekannt gewordene berühmte ehemalige DDR-Richterin und Justizministerin.

Und ein SPD-Referent, dessen Name uns spontan entfallen ist, hält Hilde sogar für ein „richtig hässliches“ und übel riechendes „Vieh“.

★

Über „Attila“, den verhinderten Hunnenkönig auf der anderen Seite des Landtagsflures, sind derart despektierliche Äußerungen bislang nicht bekannt. Dabei ist der Jack-Russel-Terrier – ähnlich wie sein Herrchen, Linke-Fraktionschef **Bodo Ramelow**, – bisweilen mit Vorsicht zu genießen.

Attilas beliebtes Opfer ist in der Regel ein unschuldiger Kuschelbär, der auf



Bissfestigkeit getestet wird. Ramelow dagegen bevorzugt das lebende Objekt und stellt mit bellendem Bass schon mal den einen oder anderen Linke-Fraktionsnär in den Senkel.

★

Hilde und Attila sollen sich sogar schon über den Weg gelaufen sein. In SPD-Kreisen wird diesbezüglich kolportiert, dass der Mops den Terrier in die Flucht geschlagen habe. Andere Beobachter des tierischen Treibens wissen wiederum von Annäherungsversuchen zu berichten.

Mehr als das reine Beschneppern würde aber von Innenminister **Peter Huber** (CDU) ohnehin unterbunden, der ja gerade gesetzlich hart gegen gefährliche Hunde durchgreift.

Huber übrigens, der sich bislang als Minister keine nennenswerten Fehler geleistet hat und ungewohnt viel Zuspruch erntet, ist beim Thema Vierbeiner als Vater einmal ungläubig geworden. Als die Familie vor Jahren von Jena nach München übersiedelte, habe er seiner Tochter einen Hund fest zugesagt und das Versprechen gebrochen, gestand er jüngst.

Nach diesem Bekenntnis sollen einige „Parteifreunde“ hellhörig geworden sein. Sie wollen Hubers politische Ankündigungen künftig besonders genau unter die Lupe nehmen...

Sie erreichen TLZ-Landesredakteur Elmar Otto unter 0361/ 55 05 38 oder e.otto@tlz.de

## ■ AUCH DAS NOCH

# Mit der Staatskanzlei in die Vergangenheit

Regierungskalender zeigt heute den 22. Mai

**Erfurt.** (elo) Es soll Beamte geben, denen ist es bis heute nicht aufgefallen. Aber das ist natürlich zum einen: üble Nachrede, zum anderen: mit Sicherheit die Minderheit.

Der Mehrheit der Thüringer Staatsdiener, so sie denn einen form schönen Jahreskalender der Staatskanzlei als Wandschmuck im Büro platziert hat, ist natürlich nicht entgangen, dass heute nicht der 22. Mai ist. Dieses Datum allerdings ist für Freitag, den 28. Mai, auf dem Kalender ausgewiesen. Was manchen Beschäftigten doch prompt

dazu veranlasst hat, darüber nachzudenken, heute frei zu machen. Schließlich ist (oder besser doch wohl war) der 22. ein Samstag.

Der Fehler, heißt es in Staatskanzlei, liege bei der Druckerei. Über die sicherlich nicht unerhebliche Auflage des Kalenders, der im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit verteilt wurde, konnten keine Angaben gemacht werden. Die Kosten für diesen eintägigen Trip in die Vergangenheit bezifferte ein Regierungssprecher auf TLZ-Nachfrage mit 15 000 Euro.

# Reservat erweitert

Vessertal wird um 13 000 Hektar vergrößert

**Erfurt.** (ddp) Die Landesregierung will das Biosphärenreservat Vessertal im Thüringer Wald deutlich erweitern. Dadurch solle der Titel erhalten bleiben, so Umweltminister Jürgen Reinholz (CDU). Um die internationale Anerkennung der UNESCO zu behalten, muss das 17 000 Hektar große Reservat um mindestens 13 000 Hektar vergrößert werden.

Noch in dieser Legislaturperiode solle das Gebiet zur

„Biosphärenregion Naturpark Thüringer Wald“ weiterentwickelt werden. Dies geschehe in enger Abstimmung mit Bürgern und Akteuren der Region. Den Vorschlag des Verbandes Naturpark Thüringer Wald, den gesamten Naturpark mit 220 000 Hektar zum Biosphärenreservat zu erklären, nannte der Minister „sehr ehrgeizig“. Seit 1995 ist für Biosphärenreservate eine Größe von mindestens 30 000 Hektar vorgeschrieben.

## ■ NACHRICHTEN

### Richterwahl heute im Landtag

**Erfurt.** (ddp) Der Thüringer Landtag wählt heute die neue Spitze des Verfassungsgerichtshofes. Für das Präsidentenamt der Behörde kandidiert als einziger Bewerber der Vizepräsident des Oberverwaltungsgerichtes Weimar, Joachim Lindner. Die Landtagsfraktionen hatten sich bereits vor der Wahl auf die personelle Besetzung verständigt. Als Stellvertreter Lindners hat die CDU Oberverwaltungsgerichtspräsident Hartmut Schwan vorgesehen (die TLZ berichtete).

### Kirchbauvereine treffen sich

**Gotha.** Ein Treffen der Kirchbauvereine der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM) findet erstmals am morgigen Sonntagabend in Gotha statt. 128 Kirchbauvereine gibt es in Thüringen. Der Bauzustand der Kirchen hat sich nach Angaben der EKM kontinuierlich verbessert. 1990 waren noch zehn Prozent der Kirchen in Thüringen unbenutzbar. Derzeit sind es noch zwei Prozent.

### Tiefenbohrung steht noch aus

**Eisenach.** Kritisch bewertet die Umweltpolitikerin der Linken, Katja Wolf, die Feststellung der Landesregierung, der Erdfall von Tiefenort im Wartburgkreis

wäre ein rein natürliches Ereignis. Sie bemängelt, dass wesentliche Untersuchungen noch ausstehen, darunter eine Tiefenbohrung zum Ausgangspunkt des Erdfalls in einer Tiefe von 250 Metern.

### Uni Jena stellt sich vor

**Jena.** Einen Hochschulinformationstag veranstaltet die Universität Jena am Sonntagabend, 5. Juni. Die Mitarbeiter der Universität wollen dabei auf alle Fragen rund um das Studieren antworten. Vorträge geben einen kompakten Überblick darüber, was organisatorisch vor dem Studium zu beachten ist.

**i** Sonntagabend, 5. Juni, 9 bis 15 Uhr, Uni-Campus, Carl-Zeiss-Straße 3. Weitere Informationen: [www.schueler.uni-jena.de](http://www.schueler.uni-jena.de)

### Infos zum Betreuungsrecht

**Erfurt.** Druckfrisch ist die neue Broschüre zum Betreuungsrecht des Justizministeriums. Umfassende Informationen gibt es beispielsweise zum Thema Patientenverfügung. Die Broschüre hat sich seit ihrer ersten Auflage im Jahr 2002 schnell zur begehrtesten Informationsschrift des Ministeriums entwickelt. Sie ist ein Ratgeber für Betreuer, betreute Personen und deren Angehörige.

**@** [www.thueringen.de/de/justiz/](http://www.thueringen.de/de/justiz/)

# Gesunde Ernährung bleibt die Ausnahme

Schulobst nicht für alle – Heftige Vorwürfe der Opposition

**Erfurt.** (mar) Für Michaela Sojka, die Bildungsexpertin der Linkspartei, steht fest: „Die Fraktionen von CDU und SPD haben gezeigt, dass sie in keiner Weise an der wirklichen Einführung gesunder Ernährung an Grundschulen interessiert“ seien. Selbst einer Mitfinanzierung der Eltern beim Schulobstprogramm hätten sich die Koalitionäre vollständig verweigert.

Was Sojka so auf die Barrikaden treibt: Die Pausenversorgung von Grundschulern mit Obst, Milch und Säften an den Thüringer Schulen wird in Zukunft die Ausnahme bleiben, obwohl die EU dafür

beträchtliche Mittel zur Verfügung stellt. Im Landtag schmetterte die Koalitionsmehrheit einen Antrag von Linkspartei und Grünen ab, dass diese Versorgung nicht die Ausnahme, sondern die Regel werden sollte.

Der Grünen-Fraktionsvize Frank Augsten warf der Landesregierung fehlenden Sachverstand vor. CDU und SPD seien eine gesunde Pausenversorgung an Grundschulen unwichtig. Augsten kündigte an, das Thema auch künftig im Auge zu behalten. Die Grünen fordern ein Aktionsprogramm für eine gesunde Kinderernährung: „Ziel muss es sein, jedem Kind täglich

ein qualitativ gutes Essen kostengünstig zur Verfügung zu stellen“, unterstrich der Parlamentarier. „Dabei müssen die Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung für die Verpflegung von Kindergarten- und Schulkindern verbindlich eingeführt und kontrolliert werden.“

Die geballten Vorwürfe der Opposition wurden von der Koalition zurückgewiesen. Selbstverständlich liege der Koalition an einer gesunden Ernährung, unterstrich SPD-Bildungsexperte Peter Metz. Angesichts knapper Kassen zeige sich aber, dass nicht alles Wünschenswerte auch machbar sei.“